

# Die Kritik am Sonderzug «Volksvorschlag» nimmt zu

**VOLKSRECHTE** Im Kanton Bern hat in der Autosteuerabstimmung vom Sonntag ein sogenannter Volksvorschlag die Vorlage des Parlaments ausgebootet – gleichentags hat Zürich dieses Volksrecht abgeschafft. Nun kennen nur noch Bern und Nidwalden das «konstruktive Referendum». Kritik gibts aber auch hier.



«Persönlich finde ich, wir sollten den Volksvorschlag auch abschaffen.»

SP-Präsident Roland Näf



«Der Begriff «Volksvorschlag» ist in Abstimmungskämpfen sehr attraktiv.»

SVP-Präsident Rudolf Joder

Einmal eingeführte Volksrechte könne man nie mehr abschaffen, heisst es immer. Am vergangenen Wochenende hat der Kanton Zürich bewiesen, dass auch diese Regel nicht ohne Ausnahme ist: 59,6 Prozent der Stimmenden sprachen sich dafür aus, das umstrittene Volksrecht des «konstruktiven Referendums» sechs Jahre nach Einführung wieder abzuschaffen. Dieses Instrument gibt es jetzt nur noch in Bern (seit 1993) und Nidwalden; andere Kantone sowie der Bund haben die Einführung diskutiert – und verworfen.

In Bern segelt das konstruktive Referendum unter dem Namen «Volksvorschlag». Gerade erst, ebenfalls letzten Sonntag, sorgte erneut ein Volksvorschlag für Furore: Eingereicht hatte ihn Garagist Hannes Flückiger, der sich damit im Kampf um die Motorfahrzeugsteuern gegen die Vorlage des Grossen Rats durchsetzte.

## Ein raffiniertes Instrument

Flückiger machte sich geschickt die Vorzüge des Volksvorschlags zunutze: Anders als beim herkömmlichen Referendum kann man damit eine unliebsame Vorlage nicht einfach nur bodigen, sondern gezielt in einzelnen Punkten abändern. Gegenüber der Initiative hat der Volksvorschlag zudem den Vorteil, dass man dafür nur 10 000 statt 15 000 Unterschriften sammeln muss.

Der Volksvorschlag will dem Volk mehr Mitsprache ermöglichen. Er soll zudem verhindern,

dass umfangreiche, wichtige Vorlagen wegen eines einzelnen umstrittenen Punktes scheitern.

## Alles wird unberechenbar

Das Beispiel der Autosteuern zeigt aber auch, wie unberechenbar die Arbeit des Parlaments angesichts dieses Volksrechts wird. Flückigers Volksvorschlag hat die Vorlage des Grossen Rats nicht nur punktuell abgeändert, sondern ihre Stossrichtung grundlegend verändert: Im Vordergrund stand nicht mehr die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer, sondern deren massive Senkung.

Weiter zeigt das Beispiel, dass der Volksvorschlag den Wert parlamentarischer Kompromisse schmälern kann. Nachdem der Grossteil der SVP die Autosteuererhöhung im Grossen Rat mitgetragen hatte, schwenkte die Par-

tei nach Bekanntwerden von Flückigers Volksvorschlag um.

Der Volksvorschlag provoziert auch unschöne «Buebetrickli». So geschehen bei der letzten Steuersenkung: Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats hat 2010 ihrer eigenen Hauptvorlage einen «Eventualantrag» gegenübergestellt, den eigentlich niemand – weder die Bürgerlichen noch die Linke – wollte. Zweck der Übung: Wenn der Grosse Rat neben der Haupt- noch eine Eventualvariante erlässt, ist ein Volksvorschlag nicht mehr möglich. Dann kann man nur das normale Referendum ergreifen. Da zog es die Linke vor, eine eigene Initiative zu lancieren, die letzten Sonntag gescheitert ist («Faire Steuern – Für Familien»).

Im Kanton Zürich sprachen sich Kantonsrat und Regierung für die Abschaffung des kon-

struktiven Referendums aus, das sich nicht bewährt habe und komplizierte, unübersichtliche Mehrfachabstimmungen bewirke. So gab es in Zürich sogar Abstimmungen mit mehreren Stichfragen, da mehrere Volksvorschläge zur selben Vorlage eingereicht wurden. Bern blieb solches bisher erspart. Das dürfte daran liegen, dass in Zürich für einen Volksvorschlag nur 3000 Unterschriften nötig sind und in Bern immerhin 10 000.

In Zürich wurde das Ende des konstruktiven Referendums durch einen SVP-Vorstoss initiiert. Die Berner SVP zeigt aber – wohl auch angesichts des Auto-steuererfolgs vom Sonntag – wenig Neigung, dies nachzuahmen. Präsident Rudolf Joder sagt, er habe das Gefühl, das Ganze habe sich eingespielt. Das Volk wisse mit dem Volksvorschlag gut umzugehen. Er persönlich sehe keinen Grund, diese Möglichkeit, ausserhalb des Parlaments mehr Einfluss auf die Politik zu nehmen, wieder abzuschaffen.

## Ist der Name schlecht?

Während Joder positiv betont, der Begriff «Volksvorschlag» sei in Abstimmungskämpfen sehr attraktiv, sagt SP-Präsident Roland Näf dasselbe aus anderer Warte: Der Begriff sei ungeschickt, weil er suggeriere, dass hier «das Volk» einen Vorschlag mache, während dahinter in Wahrheit einzelne Gruppierungen stünden. Persönlich ist Näf der Ansicht, man müsse den Volksvorschlag auch in Bern abschaffen. Er betont, das habe nichts mit den Autosteuern zu tun. In der Tat hat die Linke mit Volksvorschlägen bisher mehr Erfolge verbuchen können als die Bürgerlichen, die mit diesem Instrument keine Erfahrung haben. Näf findet jedoch, der Volksvorschlag sei zu kompliziert und wirke sich negativ auf das politische System aus. Fabian Schäfer

# Integration von Behinderten lahmt

**VOLKSSCHULE** Bildung als Ganzes denken – so lautete 2007 der Auftrag des Grossen Rates. Das Ziel: Die Sonderschulung für behinderte Kinder soll neu der Erziehungsdirektion statt der Gesundheitsdirektion angegliedert sein. Passiert ist bis heute nichts.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Während Bernhard Pulvers (Grüne) Erziehungsdirektion für Nichtbehinderte zuständig ist, liegt die Zuständigkeit für die Bildung von Behinderten bei Philippe Perrenouds (SP) Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Vor fünf Jahren überwies der Grosse Rat einstimmig eine Motion der SP, die verlangte, die gesamte Bildung in der Erziehungsdirektion zusammenzufassen. So wie dies in allen anderen Kantonen bereits geschehen ist.

Bewegt hat sich bis heute ausser viel Papier nichts. Federführend im Projekt ist Perrenouds Direktion. Fast drei Jahre nachdem die Motion überwiesen worden war, konnten er und Pulvers sich auf die «Strategie Sonderschulung 2010–2015» einigen und versprachen ein Konzept sowie eine neue rechtliche Grundlage auszuarbeiten. Das Konzept kommt nicht vom Fleck. «Kein

Wunder», klagen verschiedene Behindertenorganisationen unisono, «wenn die Sitzungen von den involvierten Direktionen ständig abgesagt werden». Dass heute nur die neue Verordnung vorliegt, ist dem Umstand geschuldet, dass die Zeit drängt. Die alte Verordnung, welche die Sonderpädagogik garantiert, ist nur noch bis 31. Dezember gültig.

## Massive Kritik an Verordnung

Allerdings kam die neue Verordnung in der Konsultation schlecht weg. Mit Bestürzung habe man das Papier gelesen, schreibt etwa die Fachstelle Assistenz Schweiz. Die Verordnung verweigere nach wie vor die Integration Behinderter in ordentliche Bildungswege. Auch sei sie diskriminierend, weil sie die heilpädagogische Unterstützung auf geistig Behinderte sowie auf Autisten begrenze.

Kindern mit einer Behinderung werde der Zugang zur Volksschule weiterhin erschwert, schreibt auch die Kantonale Behindertenkonferenz Bern. Damit sei die Verpflichtung zur Gleichstellung Behinderter aus der Bundesverfassung nicht eingelöst. Dies kritisiert auch die Gewerkschaft VPOD. «Man hat noch nicht begriffen, dass Menschen mit einer Behinderung

gleichberechtigt sind», sagt Gewerkschaftssekretärin und SP-Grossrätin Béatrice Stucki. Sie fordert zudem, dass die Lehrer an Sonder- und Heilpädagogischen Schulen endlich wie alle anderen Lehrkräfte dem Lehrpersonalgesetz unterstellt werden.

## Pulver und Perrenoud uneins

Pulvers äussert sich nicht zum Pannenprojekt und verweist auf die Federführung von Perrenouds Direktion. Dort rechtfertigt Projektleiter Peter Wüthrich die Verzögerungen mit der Komplexität der Materie. Es gehe um grundlegende Fragen, was zu vertieften Diskussionen zwischen den Direktionen führe. «Der Einigungsprozess ist lang.» Zudem gebe es rechtliche Gründe für die Verzögerung. «Für die Umgliederung müssen das Sozialhilfe- und das Volksschulgesetz revidiert werden.»

Dass die neue Verordnung in der Konsultation durchfiel, bedauert Wüthrich. Dies, zumal sie nur eine Übergangslösung sei bis das Sonderpädagogik-Konzept vorliege. «Bis dahin gewährleistet die Verordnung die bisherigen Leistungen.» Immerhin will man die Gleichstellung der Lehrkräfte nun angehen. Wüthrich: «Das steht zu oberst auf der Prioritätenliste.» Andrea Sommer

«Kindern mit einer Behinderung wird der Zugang zur Volksschule weiterhin erschwert.»

Behindertenkonferenz Bern

**OTTO'S**

www.ottos.ch

**Prada** Eau de Parfum 100 ml 49.90

**6 x 1.5 Liter** 3.99

**Bertoli** Extravergine Olivenöl 1 Liter 8.90

**Alpen Prestige Schokolade** 25.-

**Milner Omega 3** 7.99

**Parlano** 5.90

**X-Tra** 22.90

**Trisa Staubsauger Clean Master** 99.-

**Ein 4-Personen-Set** 29.90

**Conform 400 Pullover** 20.-

**Donnerjacket** 50.-

**Adidas CC Chill Climate Cool** 89.-

**Trisa Elfenbein** 99.-

**TOP-Preis!** 898.-

Trinken in Ihrer Nähe: Bern • Dättwil • Frauenthal • Garschwil • Huttwil • Irchel • Kirchdorf • Kien • Langgass • Märslingen • Murten • Oberburg • Osterdorf • Würen • Lengnau • Zollikofen • Zuchwil